

DocuWatch Digitales Fernsehen

Im Auftrag der Landesmedienanstalten

3/2001

1	ÖKONOMISCHE ASPEKTE UND PROGNOSEN	2
1.1	Großbritannien: Wahrnehmung und Akzeptanz digitalen Fernsehens beim Publikum	2
1.2	Großbritannien: ITC-Veröffentlichung zur Zukunft von Rundfunk und Kommunikation	3
1.3	Großbritannien: Steigende Nutzung interaktiven Fernsehens	4
1.4	Frankreich: Simulationsstudie zur Marktentwicklung im digitalen Fernsehen	4
1.5	USA: Die Zukunft des interaktiven Fernsehens aus der Sicht der Konsumenten	4
1.6	Deutschland mit interaktivem Fernsehen im Rückstand	5
2	TECHNISCHE ASPEKTE DER DISTRIBUTION	6
2.1	Internationale Frequenzpolitik	6
2.2	ARD/ZDF/VPRT: Technische und betriebliche Anforderungen an ein neues Breitband-Kabelverteilssystem	6
2.3	DVB-T – Netzwerk-Struktur und Kosten der Vollversorgung am Beispiel Schleswig-Holstein	7
2.4	Gemeinsame Erklärung zur zügigen Einführung von MHP	7
2.5	Weiterentwicklung des MHP-Standards	8
2.6	Zusammenfassung der MHP-Patente angestrebt	8
3	ENTWICKLUNGSSTAND DES DIGITALEN FERNSEHENS IN EINZELNEN LÄNDERN	9
3.1	Australien: Sendestart und Frequenzzuordnung des digitalen Fernsehens	9
3.2	Kanada: Regeln für die analoge und digitale Verbreitung von Fernsehprogrammen	9
3.3	USA: Einhaltung des Zeitplans zur Einführung digitalen Fernsehens ist gefährdet	9
3.4	Frankreich: Lizenzen für terrestrisches Digitalfernsehen	9
3.5	Finnland: Start digitalen Fernsehens	10
3.6	Irland: Lizenzierung regionaler und lokaler terrestrischer Digitalprogramme	10
3.7	Deutschland: Digitales Pilotprojekt in Jena gestartet	10
4	EINZELTHEMEN	11
4.1	DLM Gutachten: Die Regulierung privater Inheldienste in Zeiten der Konvergenz	11
4.2	Gesetz zum Schutz von Zugangskontrolldiensten	12
4.3	Jugendmedienschutz im digitalen Fernsehen: Test der Vorsperre	12
4.4	Neue Vorgaben für Untertitel von der ITC veröffentlicht	13
4.5	Department for Culture, Media and Sport gestattet der BBC drei neue Fernseh- und fünf neue Radioprogramme	13
4.6	Neuordnung des Japanischen Post- und Telekommunikationsministeriums	13
4.7	Konvergenz der Aufsicht in Slowenien	13
5	LITERATURHINWEISE	14
5.1	Zeitschriften	14
5.2	Buchveröffentlichungen	14

1 Ökonomische Aspekte und Prognosen

1.1 Großbritannien: Wahrnehmung und Akzeptanz digitalen Fernsehens beim Publikum

[H3r] Im August legte das Unternehmen Counterpoint eine im Auftrag des OfTel durchgeführte Studie zur Wahrnehmung und Akzeptanz digitalen Fernsehens in Großbritannien vor. Ziel der Untersuchung war es, einen Einblick in die Nutzung der Angebote des digitalen Fernsehens durch die Bevölkerung zu erhalten. Die Fragestellungen der Untersuchung lassen sich in sechs Bereiche einteilen: Fragestellungen zu digitalen Fernsehangeboten, zu digitalen interaktiven Angeboten im Allgemeinen, zu Electronic Programme Guides, zu digitalen Textangeboten, zu Geräten für die Nutzung digitalen Fernsehens und zu zusätzlichen Angeboten wie z.B. „Video on demand“. Dabei wurde in drei Schritten vorgegangen: Eine Serie von Tiefeninterviews wurde telefonisch, eine weitere in Haushalten durchgeführt; zusätzlich erfolgten eine Reihe von Gruppendiskussionen.

Die Entscheidung für die Nutzung digitaler Fernsehangebote wurde von den Teilnehmern der Untersuchung, die bereits Abonnenten analoger Fernsehdienste waren, lediglich als Upgrade des bestehenden Angebotes gesehen. Aufgrund der bereits bestehenden Kundenbeziehung zum Provider gab es für dieses Upgrade auch keine besondere Schwelle, da einfach der bestehende Vertrag geändert wurde. Bestand eine solche Kundenbeziehung noch nicht, ist die Schwelle für die Anschaffung deutlich höher; ausschlaggebend ist hier die fehlende Akzeptanz, für Fernsehen zu bezahlen. Die Marketingaktivitäten der Provider wurden in diesem Zusammenhang von allen Befragten stark kritisiert, auch die Umstellungen bei der Zusammenstellung von Programmpaketen und der Entwicklung von Pay-Angeboten wurden negativ beurteilt, da von den beteiligten Ak-

teuren vor allem große Interessen an der Maximierung ihrer Gewinne erwartet wurden. Positiv wurden von den Teilnehmern die zusätzlichen Angebote beurteilt, außerdem entstand so bei den Abonnenten der Eindruck, ständig den Zugang zu den neuesten Angeboten haben zu können. Möglichkeiten eigener Einflussnahme sahen die Zuschauer nicht, statt dessen hofften sie auf eine Regulierung der Angebote über den Markt. Wichtige Faktoren, die bei der Entscheidung für digitales Fernsehen eine Rolle spielten, waren die zusätzlichen Programme und die verbesserte Empfangsqualität, während interaktive Angebote nur eine geringe Rolle bei der Entscheidung für digitales Fernsehen spielten. Auch Kinder im Haushalt spielten bei der Entscheidung über die Anschaffung digitalen Fernsehens eine wichtige Rolle; der mit einem Empfangsgerät ausgestattete Fernseher wurde zum Hauptgerät in der Familie und erlaubte so den Eltern, den Fernsehkonsum der Kinder besser zu kontrollieren, da diese das neue Angebot bevorzugten.

Die Untersuchung zeigte, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeiten der neuen Angebote intensiv nutzen und ihre so gewonnenen Kenntnisse an die erwachsenen Mitglieder des Haushaltes vermitteln. Die Erschließung der neuen Möglichkeiten erfolgte in der Regel durch Ausprobieren, wobei sich zeigte, dass Kinder und Jugendliche diese Möglichkeiten stärkerer nutzten. Eine entscheidende Rolle bei der Nutzung digitaler Angebote spielt der Electronic Programme Guide (EPG), der nicht als eigenständiges, unabhängiges Angebot gesehen wird, sondern als Zugangsmöglichkeit zu den Programmen. In dieser Funktion führte der EPG nach Angabe der Nutzer auch zu einer Veränderung ihrer Fernsehgewohnheiten. Bei der Programmwahl spielten bevorzugte Genres eine größere Rolle als Programme; bei der Orientierung im restlichen Programm war die Positionierung im EPG für die Wahl

des Programms eine wichtige Entscheidungshilfe. Bei bevorzugten Genres konnten die Zuschauer nach kurzer Zeit einige Kanäle auswendig und mussten sich nicht mit Hilfe des EPG's orientieren. Von den Möglichkeiten, individualisierte EPG's zu erstellen, wurde in der Regel kein Gebrauch gemacht. Die neue Vielfalt der Angebote führte in der Einschätzung der Nutzer dazu, dass Videorekorder und DVD-Spieler weniger attraktiv für sie sind, da das verfügbare Angebot bereits als ausreichend eingeschätzt wurde.

Die Nutzung interaktiver Angebote spielte für die Befragten nur eine geringe Rolle. Grund hierfür waren zum einen eine Reihe von technischen Problemen bei dem Versuch, solche Funktionen zu nutzen. Außerdem fehlte den Nutzern eine ähnliche Orientierungshilfe wie der EPG für das Fernsehen. Wenige Befragte nutzten interaktive Textdienste, dies aber mit großer Zufriedenheit. Der Wechsel vom Computer zum Fernsehen mit Diensten wie E-Mail oder Homebanking war aufgrund der Platzierung des Fernsehers im Wohnzimmer für die Nutzer nicht attraktiv. Diejenigen, die solche Dienste nutzten, blieben ihrem Computer treu. Lediglich Personen, die keinen Online-Zugang und keine Erfahrung im Umgang mit Computern hatten, waren an der Möglichkeit, über den Fernseher ins Internet zu kommen, stark interessiert. Der Kontext der Fernsehnutzung zur Entspannung und Zerstreuung trifft auch auf das einzige interaktive Angebot zu, das positiver bewertet wurde: Spiele. Viele Befragte nutzen Spiele zur Unterhaltung für kurze Zeitspannen. Bei der Entscheidung über die Nutzung interaktiver Angebote spielte auch die Transparenz über die möglichen Kosten eine wichtige Rolle. Viele Befragte waren sich unsicher, welche Kosten durch die Nutzung zusätzlicher Angebote entstehen würden.

Insgesamt zeigte sich als Ergebnis der Untersuchung, dass die Befragten digitales Fernsehen in erster Linie als Erweiterung des bestehenden Angebotes von Programmen sahen und vor allem deshalb mit dem

Angebot sehr zufrieden waren. In Verbindung mit der größeren Vielfalt änderte sich die Nutzung; Genres spielten eine größere Rolle als beim traditionellen Angebot. Bei der Programmwahl spielte der EPG eine zentrale Rolle. Außerdem war für die Auswahlentscheidung das Erkennen eines Programms in einer kurzen Zeitspanne von entscheidender Bedeutung, so dass Zuschauerbindung und Markenbildung für die Anbieter von großer Bedeutung sind.

[OfTel: Digital Television – Consumers' Use and Perceptions, August 2001, www.oftel.gov.uk/publications/research/2001/digtv0901.pdf]

1.2 Großbritannien: ITC-Veröffentlichung zur Zukunft von Rundfunk und Kommunikation

[H3r] Die ITC hat im September eine Studie zur Zukunft von Rundfunk und Kommunikation veröffentlicht. 21 Autoren aus verschiedenen Bereichen, z.B. der Vorsitzende des englischen Sportverbandes Brooking, der unabhängige Produzent Bazalgette und Oscar-Preisträger Lord Putnam, stellen ihre Analyse der Veränderungen des Marktes vor, beschreiben Erfolgsstrategien und präsentieren ihre Visionen für die Zukunft in diesem Bereich. Der Zeitraum, für den die Autoren ihre Aussagen formulierten, sind die nächsten zehn Jahre. Die Ausrichtung der Beiträge orientierte sich an drei zentralen Fragestellungen:

- Kann Großbritannien Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im globalen Vergleich verbessern, indem qualitativ und gesellschaftlich wertvolle Angebote entwickelt werden?
- Was können die Bürger und Bürgerinnen von Rundfunk und Neuen Medien in der Informationsgesellschaft erwarten?
- Welche Rolle werden elektronische Medien bei der Entwicklung von Kultur und Demokratie in Großbritannien spielen?

[ITC: Culture and Communications – ITC Launches Major New Study, 11. September 2001, www.itc.org.uk]

1.3 Großbritannien: Steigende Nutzung interaktiven Fernsehens

[Schr] Die ITC hat im Juli ihren Jahresbericht „Television: The Public’s View“ vorgelegt. Danach gibt es in Großbritannien einen deutlichen Wandel in der Fernsehnutzung. Im Jahre 2000 hatten 34 Prozent der Befragten einen Zugang zum Internet, zehn Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Zwar erfolgt die Internet-Nutzung überwiegend mittels PC, aber bereits sechs Prozent der Befragten nutzen das Fernsehgerät für den Internet-Zugang.

[ITC: Sharp Rise in Internet and Interactive Television Usage Says New ITC Research, 24. Juli 2001, www.itc.org.uk]

1.4 Frankreich: Simulationsstudie zur Marktentwicklung im digitalen Fernsehen

Die französische Aufsichtsinstanz CSA hat das Forschungs- und Beratungsinstitut I-DATE beauftragt, eine Simulationsstudie über verschiedene Entwicklungsszenarien des terrestrischen digitalen Fernsehens durchzuführen. Die Ergebnisse sollen die im Jahr 2002 anstehenden Entscheidungen über die Lizenzvergabe unterstützen. In einer Pressemitteilung vom 16. Juli 2001 stellte die CSA erste Zwischenergebnisse dieser Studie vor, die sich zum einen auf den Gesamtmarkt, zum anderen auf die mikroökonomische Perspektive einzelner Veranstalter beziehen.

1) Die Studie geht zumindest für die nächsten zehn Jahre von einem weiter wachsenden Fernsehmarkt aus. Die Wachstumspotenziale könnten insbesondere dann gut ausgeschöpft werden, wenn es im Bereich des terrestrischen digitalen Fernsehens zu einem Gleichgewicht zwischen Free-TV- und Pay-TV-Angeboten komme; dies wird damit begründet, dass Anbieter von Bezahlfernsehen durch ihre Marketingaktivitäten zu schnellerer Verbreitung digitalen Fernsehens beitragen würden, als dies in einem weitgehend von Free-TV geprägten Szenario der Fall wäre.

2) Aus mikroökonomischer Perspektive wird angemerkt, für die Veranstalter terrestrischer digitaler Programme werde es wichtig sein, möglichst auch die anderen Verbreitungsformen (Kabel, Satellit) zu nutzen, um eine hinreichende Verbreitung zu gewährleisten. Dies bedeutet umgekehrt, dass ein Engagement im terrestrischen Bereich insbesondere für die Anbieter digitaler Kabel- und Satellitenprogramme erfolversprechend ist. Im Hinblick auf Free-TV-Programme wird festgestellt, dass deren Anzahl durch das Ausmaß des noch möglichen Wachstums des Werbemarktes begrenzt wird.

[CSA: Télévision numérique terrestre: Les premiers enseignements du modèle économique CSA-IDATE, 16 juillet 2001, www.csa.fr/]

1.5 USA: Die Zukunft des interaktiven Fernsehens aus der Sicht der Konsumenten

[H3r] Horst Stipp, Vice President Primary and Strategic Research bei NBC in New York, berichtet in der Zeitschrift Media Perspektiven über aktuelle Entwicklungen im Bereich des interaktiven Fernsehens. Nach den negativen Erfahrungen in den neunziger Jahren mit Investments in neue Technologien und Unternehmen sind die Akteure in den USA beim Engagement für das interaktive Fernsehen vorsichtiger als in Europa. Ein Beispiel für solche Fehlinvestitionen ist z.B. das Pilotprojekt von Time/Warner in Orlando. Deshalb konnte sich Europa bei der Entwicklung des interaktiven Fernsehens einen Vorsprung erarbeiten, allerdings sind eine Reihe von amerikanischen Firmen bei der Entwicklung von Hard- und Software für das interaktive Fernsehen aktiv. Die entscheidenden Hürden für die Entwicklung sind die schlecht entwickelte Infrastruktur, fehlende einheitliche Standards und die z.T. unklare Rechtslage. Außerdem orientierten sich nach Ansicht des Autors die Vorhersagen zur Entwicklung des interaktiven Fernsehens zu wenig an den tatsächlichen Bedürfnissen der Konsumenten, oft wurde die Rolle der Technik überschätzt und das Verhalten der Early Adopters auf das der

typischen Nutzer übertragen. Ein Beispiel für eine solche Fehleinschätzung ist die Entwicklung im Bereich der Personal Video Recorder (PVR). Für diese digitalen Aufzeichnungsmöglichkeiten auf Festplatten war ein dynamisch wachsender Markt prognostiziert worden, der tatsächliche Absatz ist jedoch bisher enttäuschend. Offenbar beruhen die Prognosen zur Entwicklung des Marktes auf einer Fehleinschätzung des Interesses der Kunden. Am Ende seines Beitrages analysiert der Autor kurz die Chancen von sieben Anwendungen für interaktives Fernsehen. Mit besonders hohen Erfolgchancen sieht er dabei Video-on-Demand-Angebote und EPGs, langfristige Erfolgsaussichten haben möglicherweise auch die PVRs. Das Interesse der Nutzer an Enhanced-TV-Angeboten wie interaktiven Spielen schätzt der Autor als gering ein, auch die Erfolgsaussichten für textbasierte Zusatzangebote wird skeptisch beurteilt. Wichtige Einnahmequellen für die Veranstalter können sich in der Zukunft aus interaktivem Marketing und der

Entwicklung von Interactive TV-Commerce-Angeboten ergeben.

[Media Perspektiven Nr. 7/2001: Der Konsument und die Zukunft des interaktiven Fernsehens, www.ard-werbung.de/MediaPerspektiven/inhalt/MP01/MP01_07/stipp.asp]

1.6 Deutschland mit interaktivem Fernsehen im Rückstand

[Schr] Nach Einschätzung der Unternehmensberatung Mummert + Partner liegt Deutschland bei der Einführung des interaktiven Fernsehens wenigstens drei Jahre im Rückstand gegenüber Großbritannien. Ein wesentlicher Engpass sei der Übergang zum digitalen Fernsehen, das erst 2005 für die Hälfte der Verbraucher zugänglich sein werde. Erst dann werde sich auch das Geschäft über interaktives Fernsehen, genannt T-Business, durchsetzen und auch jene Nutzer erreichen, die kein Interesse am Internet haben.

[Mummert+Partner: Deutschland hinkt beim interaktiven TV drei Jahre hinterher, 21. August, www.mummert.de/deutsch/press/a_press_info/012008.html]

2 Technische Aspekte der Distribution

2.1 Internationale Frequenzpolitik

2.1.1 Nationale Gruppe zur Vorbereitung der Internationalen Frequenz-Planungskonferenz 2004/2005 eingerichtet

[UJ] Im Rahmen einer internationalen Konferenz der ITU in den Jahren 2004 und 2005 soll die Frequenzordnung für den Rundfunk in Europa und den europäischen Anrainerstaaten an die digitale Entwicklung angepasst werden. Zur Vorbereitung dieser Konferenz hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 2. August 2001 die Nationale Vorbereitungsgruppe zur Revision des internationalen Frequenzabkommens von Stockholm aus dem Jahre 1961 eingerichtet. Sie besteht aus einem Plenum sowie den Arbeitskreisen "Frequenzaspekte" (AK 1) und "Versorgungsaspekte; Übergangs- und Umstellungsszenarien" (AK 2). Ziel der nationalen Vorbereitung ist das Erarbeiten und Abstimmen einer deutschen Verhandlungsposition und die aktive Mitarbeit in den Gremien von ITU (Internationalen Telekommunikationsunion), CEPT (Europäische Konferenz für Post und Telekommunikation) und EBU (Europäische Rundfunkunion), welche sich mit der Vorbereitung der Konferenz befassen.

2.1.2 Überarbeitung der europäischen Frequenzordnung für den Rundfunk

[UJ] Die für Deutschland und die europäischen Nachbarstaaten gültige Frequenzordnung für den Rundfunk, welche im Abkommen von Stockholm aus dem Jahre 1961 festgelegt ist, unterstützt die Innovationen des Digitalen Fernsehens nur unzureichend. Das Abkommen ist eine regionale Vereinbarung der ITU und wurde von den Vertragsstaaten der sogenannten Europäischen Rundfunkzone geschlossen. Die Initiative "Digitaler Rundfunk" (IDR), die in Deutschland die Förderung der digitalen

Rundfunkinfrastruktur voran treibt, hat daher bereits seit einiger Zeit die Überarbeitung des Abkommens empfohlen. Maßgeblich auf Initiative der Bundesregierung hin hat die ITU eine Befragungsaktion gestartet. 43 der 56 ITU-Mitgliedsstaaten, deren Territorien die Europäische Rundfunkzone bilden, haben der Einberufung der Konferenz zugestimmt. Die Vertragsstaaten werden ihre Vorstellungen in Form schriftlicher Beiträge für die Konferenz formulieren. Sie werden Delegierte zu der Konferenz entsenden, deren Aufgabe es sein wird, die unterschiedlichen Positionen zu einem für alle akzeptablen Kompromiss zu führen. Am Ende wird ein neues Vertragswerk stehen, welches das Abkommen von Stockholm ablöst. Die deutschen Beiträge werden durch die Nationale Vorbereitungsgruppe im Laufe des kommenden Jahres erarbeitet.

[Newsletter Telekommunikation und Post Nr. 4/2001: Vorbereitung der Weltplanungskonferenz 2004/2005, www.bmwi.de/Homepage/download/telekommunikation_post/Newsletter_04.01.pdf]

2.2 ARD/ZDF/VPRT: Technische und betriebliche Anforderungen an ein neues Breitband-Kabelverteilsystem

[DK] ARD, ZDF und VPRT haben im Juli 2001 ein gemeinsames Positionspapier zu den technischen und betrieblichen Anforderungen der Anbieter von Rundfunk- und Mediendiensten an ein neues Breitband-Kabelverteilsystem in Deutschland veröffentlicht. Das Positionspapier wurde den neuen Netzinhabern und den Betreibern der Netzebene 4 als Ausgangspunkt für die Verhandlungen zur technischen Ausgestaltung der Netze übermittelt.

Das Referenzmodell enthält den Entwurf einer allgemeinen Systemarchitektur, die trotz unterschiedlicher Betreibergesellschaften und unter Umständen regional unterschiedlicher Netztechnologien oder -komponenten eine einheitliche Beschreibung ermöglichen soll. Aufbauend auf der

Systemarchitektur werden die Anforderungen und Eigenschaften tabellarisch aufgelistet, die ein BK-Netz bzw. ein BK-Netzbetreiber nach Ansicht der Programmveranstalter zu erfüllen hat, um einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang für Rundfunkveranstalter und deren Kunden zu ermöglichen. Die Programmveranstalter wollen mit ihren Vorschlägen die maximale technische Reichweite für sämtliche Inhalte-/Diensteangebote, die über das BK-Netz verbreitet werden, sicherstellen.

[ARD/ZDF/VPRT: Referenzmodell Kabel: Technische und betriebliche Anforderungen an ein neues Breitband-Kabelverteilssystem in Deutschland, 20. Juni 2001, www.vprt.de/db/positionen/referenzmodell_endfassung200601.pdf]

2.3 DVB-T – Netzwerk-Struktur und Kosten der Vollversorgung am Beispiel Schleswig-Holstein

[H3r] Die terrestrische Verbreitung von digitalem Fernsehen spielt in der Bundesrepublik aufgrund der großen Verbreitung von Kabel- und Satellitenfernsehen eine vergleichsweise geringe Rolle. Weniger als 10 Prozent der Fernsehzuschauer nutzen diesen Verbreitungsweg für das erste angemeldete Fernsehgerät im Haushalt, welche Rolle diese Distributionsform für Zweitgeräte spielt, ist nicht erfasst. Um diesen Technik für die Bevölkerung attraktiv zu machen, müssen nach Meinung von Gert Petke und Jürgen Frank vom Institut für Rundfunktechnik deshalb neue Anreize, wie z.B. die mobile Nutzbarkeit von Angeboten ohne Hausantenne, gegeben sein.

Unter diesem Aspekt überprüften die Autoren die Leistungsfähigkeit der Verbreitungsnetze in Schleswig-Holstein und kamen zu dem Ergebnis, dass unter den derzeit geltenden Vorgaben für die Vergabe von Frequenzen eine Erweiterung der Leistungen zur Steigerung der Attraktivität dieser Verbreitungsform nicht erreicht werden kann.

[EBU Technical Review – June 2001: DVB-T – network structures and costs for full coverage, www.ebu.ch/trev_287-contents.html]

2.4 Gemeinsame Erklärung zur zügigen Einführung von MHP

[DK] ARD, ZDF, KirchGruppe, RTL und die Landesmedienanstalten haben sich am 19. September 2001 auf eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des MHP-Standards verständigt.

Die Programmveranstalter einigten sich mit den Landesmedienanstalten insbesondere darauf:

- alle neuen interaktiven Mehrwertfunktionen auf dem MHP-Standard zu entwickeln
- erste Dienste auf dem MHP-Standard bis zum 01.07.2002 anzubieten
 - begleitend hierzu wird die Geräteindustrie aufgefordert, rechtzeitig die benötigten Empfänger zu verbraucherfreundlichen Preisen im Fachhandel anzubieten;
 - zugleich werden die Betreiber von Kabelnetzen aufgefordert ihre digitalen Plattformen auf MHP auszurichten;
- alle bestehenden interaktiven Diensteangebote in einem überschaubaren Zeitraum auf MHP zu überführen
 - Begleitend hierzu werden die Netzbetreiber aufgefordert, an MHP-Empfänger gerichtete Dienste vollständig zu übertragen, auch wenn bestehende Diensteangebote simultan noch an Vorläufer-Gerätegenerationen gerichtet sind.
 - Existierende Dienste und Geräte, werden durch dieses Vorgehen nicht in Frage gestellt und können weiterhin ohne zeitliche Begrenzung betrieben werden. Das gilt insbesondere für die derzeit in Deutschland eingesetzten downloadfähigen Set-Top-Boxen (z. B. d-Box), die eine organische Entwicklung zu MHP unterstützen.

[DLM/ARD/ZDF/KirchGruppe/RTL: Gemeinsame Erklärung der deutschen Programmveranstalter und der Landesmedienanstalten zur zügigen Einführung von MHP, 19. September 2001, www.alm.de]

2.5 Weiterentwicklung des MHP-Standards

[Schr] Der technische Standard für die Digital Video Broadcasting Multimedia Home Platform (MHP) wird weiterentwickelt. Der Leitungsausschuss des DVB-Konsortiums hat am 6 Juni die Version 1.1 offiziell angenommen. Der neue Standard soll es erlauben,

- interaktive Anwendungen auch über den Rückkanal zu laden,
- Anwendungen permanent zu speichern,
- Kartenleser auch für andere Zwecke als Pay-TV einzusetzen und
- vollständig kompatible Plug-Ins zu verwalten um damit auch ältere Formate zu unterstützen.

Außerdem wurde DVB-HTML als ein neuer Anwendungstyp definiert.

[EBU Technical Review – September 2001: DVB-HTML – an optional declarative language within MHP 1.1, www.ebu.ch/trev_287-contents.html]

2.6 Zusammenfassung der MHP-Patente angestrebt

[H3r] Im September 2001 hat die DVB-Plattform eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Entwicklung eines Pools für die Zusammenfassung von Patenten für die Multimedia Home Platform unterstützt. Auf diesem Wege soll es für Interessenten einfacher werden, Lizenzen für die Nutzung bestimmter Patente zu erwerben. Das DVB Projekt wird als neutrale Stelle diesen Pool betreuen und fordert Interessenten, die Patente zur MHP-Technologie besitzen, auf, zu diesem Pool beizutragen. Das DVB Projekt strebt in diesem Rahmen an, eine diskriminierungsfreie, nachvollziehbare und umfassende Lizenzierung von Patenten für die MHP-Technologie anzubieten. In einem ersten Schritt bei der Etablierung dieses Pools können Inhaber Internationaler Patente ihre Rechte im DVB Project Office bis zum 1. Dezember 2001 bekannt geben.

[DVB-News vom 3. September 2001: DVB Promotes Pooling of MHP Patents, www.dvb.org/news/press-releases.html]

3 Entwicklungsstand des digitalen Fernsehens in einzelnen Ländern

3.1 Australien: Sendestart und Frequenzzuordnung des digitalen Fernsehens

[Schr] Die ABA hat für sieben regionale Lizenzgebiete für kommerzielles Fernsehen festgelegt, dass der Sendestart für digitales Fernsehen spätestens am 31. März 2003, in einem Gebiet sogar erst am Jahresende 2003 liegen soll. Zu diesem Zeitpunkt soll der Simulcast-Betrieb mit gleichzeitiger analoger Verbreitung beginnen.

Außerdem setzt die ABA die Zuordnung von Frequenzen für die terrestrische digitale Verbreitung fort. Sie hat im August die Frequenzen für die ländlichen Regionen in Queensland festgelegt.

[ABA: ABA determines simulcast dates for regional digital TV services, 24. Juli 2001, www.aba.gov.au/abanews/news_releases/2001/46nr01.htm; ABA proposes channels for digital television services in regional Queensland, 13. August 2001, www.aba.gov.au/abanews/news_releases/2001/52nr01.htm]

3.2 Kanada: Regeln für die analoge und digitale Verbreitung von Fernsehprogrammen

[Schr] Die CRTC hat die Regeln für die analoge und die digitale Verbreitung von Fernsehprogrammen neu gefasst. Besonders für die analoge Verbreitung gibt es vielfältige Vorschriften über Basisangebote und die Bildung von Programmgruppen. Für die digitale Verbreitung ist insbesondere festgelegt, dass religiöse Programme, Pay-Per-View-Angebote und jugendgefährdende Programme nicht mit anderen Programmgruppen gebündelt werden dürfen, sondern einzeln wählbar sein müssen. Die CRTC behält sich vor, dass sie dies auch für weitere Programme verlangen kann.

[CRTC: Distribution and linkage requirements for Class 1 and Class 2 licensees, 3. August 2001, www.crtc.gc.ca/archive/ENG/Notices/2001/PB2001-90.htm]

3.3 USA: Einhaltung des Zeitplans zur Einführung digitalen Fernsehens ist gefährdet

[H3r] Die Firma SCRI veröffentlichte im Juli 2001 eine Untersuchung zur Migration von digitalem Fernsehen in den USA, deren Ergebnisse den von der FCC vorgelegten Zeitplan zur Einführung digitalen Fernsehens in Frage stellt. Zwei Drittel der amerikanischen Fernsehstationen erwarten, dass der Zeitplan nicht von allen Stationen eingehalten werden kann. Nur knapp 16 Prozent der 1.288 kommerziellen TV Veranstalter verfügen derzeit über die technische Ausstattung für den Übergang zu digitaler Verbreitung. Auch lokale und regionale Veranstalter sowie Anbieter mit öffentlichen Fernsehlicenzen sind zum überwiegenden Teil technisch nicht auf den Übergang zum digitalen Fernsehen vorbereitet, so dass der Zeitplan der FCC voraussichtlich nicht eingehalten werden kann.

[Digital Broadcasting.com-News vom 26. Juli 2001: FCC's DTV Timetable in Jeopardy, According to New DTV Migration Survey, www.digitalbroadcasting.com/content/news/article.asp?DocID={7F8818D7-8063-11D5-A772-00D0B7694F32}; SCRI-Report: www.scri.com/sc_hdtv_2001trendsnb.html]

3.4 Frankreich: Lizenzen für terrestrisches Digitalfernsehen

[Ha] Wie in DocuWatch 2/01 angekündigt, hat die französische Aufsichtsinstanz CSA am 24. Juli 2001 Lizenzen für terrestrisches Digitalfernsehen (télévision numérique terrestre, TNT) ausgeschrieben. Bewerbungen sollen bis Ende November 2001 eingegangen sein, bis Juni 2002 sollen die Vergabeentscheidungen getroffen werden, damit um Weihnachten 2002 das digitale terrestrische Fernsehen starten kann. Die Planung sieht vor, dass sechs Multiplexe mit jeweils fünf bis sechs Programmen angeboten werden sollen.

[Décision du 24 Juillet 2001 relative à un appel aux candidatures pour l'édition de services de télévision à vocation nationale diffusés par voie numérique hertzienne, www.csa.fr/pdf/texteoff.pdf]

3.5 Finnland: Start digitalen Fernsehens

[DK] Der finnische Minister für Transport und Kommunikation, Olli-Pekka Heino-nen, hat am 27. August 2001 den Start des digitalen Fernsehens in Finnland bekannt gegeben. Das digitale Fernsehen wird als offenes System nach dem MHP-Standard eingeführt werden.

[Olli-Pekka Heinonen (Minister of Transport and Communications of Finland): Launch of digital television broadcasting, 27. August 2001, www.mintc.fi/www/sivut/english/digi_heinonen_eng.htm]

3.6 Irland: Lizenzierung regionaler und lokaler terrestrischer Digitalprogramme

[UJ] Das „Office of the Director of Telecommunications Regulation“ hat Ende August 2001 ein Consultation Paper zur Lizenzierung regionaler und lokaler digi-taler terrestrischer Programme veröffent-licht. Das Papier setzt sich mit den Mög-lichkeiten der Veranstaltung von digitalem Fernsehen auseinander, stellt einen mögli-

chen Rahmen der Lizenzierungsbedingun-gen dar und ruft die interessierten Kreise auf zu den Regulierungsvorschlägen des Direktors Stellung zu nehmen.

[Office of the Director of Telecommunications Regulation: Licensing Digital Terrestrial Television (DTT), Juli 2001, www.odtr.ie/docs/odtr0152.doc]

3.7 Deutschland: Digitales Pilotprojekt in Jena gestartet

[H3r] Im Juli startete in Jena ein Pilotpro-jekt mit finanzieller Unterstützung der TLM, in dessen Mittelpunkt die Erprobung einer Möglichkeit zur kostengünstigen Einspeisung von Lokalfernsehen steht. Derzeit ist es mit marktüblichen Kompo-nenten nicht möglich, unter finanziell ver-tretbaren Bedingungen lokale und regio-nale Fernsehprogramme in kleinere Kabel-netze einzuspeisen. Der Kabelnetzbetreiber BTV Jena hat für die Erprobung 1.000 Haushalte mit einem rückkanalfähigen Kabelnetzanschluss ausgestattet.

[TLM – Pressemitteilung vom 11. Juli 2001: Digitales Pilotprojekt in Jena eröffnet neue Perspektiven für Kabelnetzbetreiber und Lokalfernsehen, www.tlm.de/html/content/aktuelles/presse/pm_2001-07-11.htm]

4 Einzelthemen

4.1 DLM Gutachten: Die Regulierung privater Inheldienste in Zeiten der Konvergenz

[UJ] Das im Auftrag der Landesmedienanstalten erstellte Kurzgutachten des Hans-Bredow-Instituts beschreibt kurz aktuelle Reformvorschläge der Länder und Interessenverbände (VPRT) wie auch der Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Kommunikationsordnung 2010 und entwickelt einen eigenen Konzept: Dienstespezifisch diversifizierte Dienstklassen mit Möglichkeit der Selbsteinstufung.

Damit knüpft das Gutachten auch an Ergebnisse der im Auftrag der ARD vom Kölner Institut für Rundfunkökonomie in Zusammenarbeit mit dem Hans-Bredow-Institut erstellten Studie „Perspektiven der Gewährleistung freier öffentlicher Kommunikation“ an.

Die Autoren gehen dabei davon aus, dass – entgegen den beschriebenen Reformvorschlägen – die technische Konvergenz der Medien nicht zu einer Vereinheitlichung der Dienste, sondern eher zu einer Diversifizierung im Bereich der so genannten „Inheldienste“ führt.

Da eine Fortschreibung der Regulierung privater Inheldienste aber nicht allein darin bestehen könne, die bestehende Differenzierung in Tele-, Medien- und Rundfunkdienste noch weiter zu treiben, ist darüber hinaus auch eine Neuorientierung mit Blick auf die staatlichen Regulierungsinstrumente von Nöten. Deren rechtliche Anknüpfungspunkte müssen zum einen an die Veränderungen im Bereich elektronisch vermittelter Dienste geknüpft sein. Zum anderen ist eine Veränderung der Regulierungskonzeption dahingehend, dass die gesetzliche Programmierung durch Erhöhung des Abstraktionsniveaus versucht, auch angesichts von Ausdifferenzierung und hohem Wandlungstempo funktionsgerecht zu steuern, erforderlich.

Aufbauend auf den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 5 Abs. 1 GG, die eine Betrachtung der Dienste im Hinblick auf ihre Bedeutsamkeit und mögliche Marktmängel fordern, arbeiten die Autoren heraus, inwieweit die Verschiebung im Steuerungsansatz durch Selbsteinstufungen der Anbieter erfolgen könnte. Zwar böte eine derartige Einstufung die Möglichkeit, die Kooperationsbereitschaft der Inheldienste zu steigern andererseits sei unrealistisch, dass die Entscheidung allein durch die Vergabe von Privilegien und Pflichten nach den Handlungsrationitäten der Anbieter mit Blick auf öffentliche Interessen gesteuert werden könne. Daher müsse die Ausdifferenzierung der Lizenzklassen und die Kontrolle der (Selbst-) Zuordnung einer Regulierungsinstanz, wie etwa den Landesmedienanstalten bzw. gemeinsamen Stellen obliegen.

Dienstklassen sollten so gebildet werden, dass im Hinblick auf die zu erreichenden Ziele gleich zu behandelnde Dienste möglichst in dieselbe Dienstklasse eingeordnet werden.

Für diese Dienstklassen arbeitet das Gutachten die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Marktzutrittsregulierung heraus, die auch über den Rahmen des Reformvorschlags der Autoren für die weitere Diskussion um die Aufgabe der Zulassungspflicht genutzt werden können. Dabei geht es unter anderem auch darum, das Steuerungspotential einzelner Marktzutrittsregulierungsinstrumente (etwa der Zulassung) zu beurteilen und – verbunden mit den Spezifika der Instrumente wie den zu begegnenden Gefahren Auswahlkriterien zur Wahl von Instrumenten zu entwickeln.

[Wolfgang Schulz, Uwe Jürgens: Die Regulierung privater Inheldienste in Zeiten der Konvergenz – Überlegungen zu einer dienstespezifisch diversifizierten Regulierung, 2001 (im Erscheinen).]

4.2 Gesetz zum Schutz von Zugangskontrolldiensten

[UJ] Zum Schutz der Anbieter kostenpflichtiger Tele-, Medien und Rundfunkdienste hat die Bundesregierung am 4. Juli 2001 einen Entwurf "Gesetzes zum Schutz von Zugangskontrolldiensten (ZKDSG)" beschlossen und dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet.

Durch den Gesetzesentwurf soll die Richtlinie 98/84/EG über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten umgesetzt werden. Das Gesetz, das voraussichtlich Ende 2001 in Kraft treten wird, soll die Herstellung, Einfuhr und Verbreitung so genannter Umgehungseinrichtungen zu gewerblichen Zwecken mit Geld- und Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr belegen. Als bloße Ordnungswidrigkeiten werden dagegen der Besitz, die technische Einrichtung, Wartung und Austausch zu gewerblichen Zwecken sowie die Absatzförderung solcher Umgehungsvorrichtungen gewertet. Umgehungsvorrichtungen im Sinne des Gesetzes sind "gehackte" d-boxen oder CI-Module, manipulierte Smartcards oder Computerprogramme zum Entschlüsseln digitaler Fernsehangebote. Der Gesetzesentwurf betrifft aber ebenso kostenpflichtige Computerspiele.

[BMW: Entwurf eines Gesetzestextes über zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten, Stand: 4. Juli .2001, www.bmw.de/text-only/Homepage/download/infogesellschaft/ZKDSG1.pdf]

4.3 Jugendmedienschutz im digitalen Fernsehen: Test der Vorsperre

[Ha] Seit März 1999 wird im digitalen Pay-TV die so genannte Jugendschutz-Vorsperre eingesetzt, die es ermöglicht, tagsüber Filme zu zeigen, die im Free-TV erst am späten Abend laufen dürfen. Die vorgesperrt ausgestrahlten Sendungen können nur durch Eingabe eines PIN-Codes von berechtigten Personen entsperrt werden.

Im Juli wurde eine im Auftrag der Landesmedienanstalten durchgeführte Studie

vorgestellt, in der die Handhabbarkeit und Wirksamkeit dieser Vorsperre sowie die Akzeptanz des Jugendmedienschutzes generell untersucht wurde. Empirische Basis waren ein Techniktest, Repräsentativbefragungen der Bevölkerung und der Abonnenten von Premiere World sowie Intensiv-Interviews mit Familien. Die Ergebnisse sind in Kurzfassung auf der ALM-Homepage dokumentiert und vollständig in der Schriftenreihe der Landesmedienanstalten publiziert worden. An dieser Stelle seien lediglich die in der Kurzfassung hervorgehobenen Ergebnisse zitiert:

(1) Der Jugendmedienschutz wird sowohl von einer großen Mehrheit der Gesamtbevölkerung (86 %) als auch von den Abonnenten des digitalen Pay-TV (90 %) begrüßt und positiv bewertet. Eine beträchtliche Anzahl der Befragten (59 % der Bevölkerung, 49 % der Abonnenten) wünscht sich darüber hinaus eine Verschärfung der Jugendschutzregeln. Bezogen auf das Fernsehen werden die geltenden Jugendschutzregeln ebenfalls überwiegend begrüßt und für sinnvoll gehalten.

(2) Die Jugendschutz-Vorsperre im digitalen Pay-TV funktioniert, ist nachvollziehbar und einfach zu handhaben. Sie genießt großes Ansehen und wird von der Mehrheit der Abonnenten toleriert. Nur eine kleine Gruppe (19%) vorwiegend kinderloser Abonnenten fühlt sich durch die Vorsperre gestört, wobei über die Hälfte (57 %) dieser Gruppe die Vorsperre als sinnvolle Jugendschutzmaßnahme ansieht. Nur 6 % aller Abonnenten fühlen sich durch die Vorsperre gestört und halten sie gleichzeitig für ein untaugliches Jugendschutzinstrument.

(3) Die Vorsperre hat im Fernsehalltag von Familien hohe Wirksamkeit: Eltern geben den PIN-Code zur Freischaltung nur im Ausnahmefall an ihre Kinder weiter. Bei Jugendlichen ab 14-15 Jahren werden die Eltern jedoch schrittweise nachlässiger. 21 % der 14- und 15-Jährigen und 40 % der 16- und 17-Jährigen kennen den PIN-Code. Dieser Umgang mit der Vorsperre korrespondiert mit der Praxis der Fernseherzie-

hung, auch sie wird beim Eintritt in das Jugendalter zunehmend weniger intensiv betrieben.

[Bernd Schorb, Helga Theunert (2001): Jugendmedienschutz – Praxis und Akzeptanz. Eine Untersuchung der Bevölkerung und Abonnenten des digitalen Fernsehens zum Jugendmedienschutz, zur Fernseherziehung und zum Jugendschutzinstrument Vorsperre. Berlin: Vistas (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten; 20)]

4.4 Neue Vorgaben für Untertitel von der ITC veröffentlicht

[UJ] Mindestens 80% der Programme des terrestrischen digitalen Fernsehens sind nach den Vorgaben des überarbeiteten „ITC Code on Subtitling, Sign Language an Audio Description on Digital Terrestrial Television“ zu untertiteln. Der Code legt gleichzeitig Mindestvorgaben für „Audio descriptions“ (10%) und „Sign Languages“ (5%) und erlaubt der ITC Interimziele aufzustellen.

[ITC: ITC Code on Subtitling, Sign Language and Audio Description, 17. Juli 2001, www.itc.org.uk/documents/upl_350.doc]

4.5 Department for Culture, Media and Sport gestattet der BBC drei neue Fernseh- und fünf neue Radioprogramme

[UJ] Die zugelassenen neuen digitalen Programme unterliegen allerdings gewichtigen Bedingungen. Eins der drei Fernsehprogramme ist für Kinder von 6 bis 13 Jahre auszurichten, der andere für die unter Sechsjährigen, der letzte ersetzt BBC Knowledge und behält als Forums- und Wissenschaftssender dessen Programmfarbe weit gehend bei. Auch die Radioprogramme sind als derartige Special-Interest-Angebote in besonderem Maße auf hohe

Qualität, europäische Produktionen etc. ausgelegt.

[Department for Culture, Media and Sport: BBC New Digital Services – Shedule of Decisions, 13. September 2001, www.culture.gov.uk]

4.6 Neuordnung des Japanischen Post- und Telekommunikationsministeriums

[UJ] Die Funktionen des japanischen Post- und Telekommunikationsministeriums werden in Zukunft ohne Veränderung der Aufgabenbeschreibung vom „Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts an Telecommunications“ wahrgenommen. Vorgenommen wird allerdings eine Reduzierung der bisherigen drei zuständigen Bureaus auf zwei. Dabei handelt es sich um das „Information and Communications Policy“, das die früheren Communications Policy und Broadcasting Bureaus sowie das Telecommunications Bureau vereint.

[MPT: Reorganization of the Ministry of Posts and Telecommunications as part of the Japanese Government reorganization, www.soumu.go.jp/english/soumu/index.html]

4.7 Konvergenz der Aufsicht in Slowenien

[UJ] Slowenien hat die Aufsichtsbehörden für Telekommunikation und Rundfunk im Juli 2001 zusammengeführt. Die unabhängige Körperschaft wird durch Abgaben von Rundfunkveranstaltern und Telekommunikationsdienstleistern finanziert, ihre Hauptaufgaben liegen in der Verwaltung des Frequenzspektrums und der Koordinierung des Wettbewerbs auf dem Telekommunikationssektor.

[European Platform of Regulatory Authorities: New regulatory authority in Slovenia, News vom 17. August 2001, www3.ecmc.de/online-cgi/online/epra/edit2.cgi?nummer=181]

5 Literaturhinweise

Im Folgenden wird die Literatur ausgewertet, die für die Literaturlisten der Zeitschrift „Medien & Kommunikationswissenschaft“ bis zum Redaktionsschluss dieses Newsletters erfasst wurden. Um die Hinweise überschaubar zu halten, wurden die zahlreichen Zeitschriften zu Online-Fragen nur insoweit erfasst, als ein expliziter Bezug zu digitalem Fernsehen besteht oder aber der Beitrag grundlegende Bedeutung besitzt. Die Buchliteratur wurde dagegen umfassender berücksichtigt.

5.1 Zeitschriften

Communications - Jg 26 (2001) Nr 1

Adoni, Hanna; Nossek, Hillel: The new media consumers: media convergence and the displacement effect. – S. 59-84

Irish Communications Review - (2000) vol. 8

Murphy, Colm: The case for Irish Newspapers entering the interactive digital market. – S. 50-56

Media lex - (2001) Nr 2

Dillenz, Walter: Elektronische Medien: Entwicklungsschub in Österreich. – S. 64-65

Media Perspektiven - (2001) Nr 7

Stipp, Horst: Der Konsument und die Zukunft des interaktiven Fernsehens: neue Daten und Erfahrungen aus den USA. – S. 369-377 (vgl. auch DW 3/01, 1.5)

Multimedia und Recht - Jg 4 (2001) Nr 5

Libertus, Michael: Das britische Whitepaper „A new future for communications“: Inhalte und Implikationen für die Regulierung elektronischer Kommunikation. – S. 292-297

„Mit dem am 12.12.2000 vorgelegten Whitepaper ‚A New Future for Communications‘ hat die britische Regierung Perspektiven für die zukünftige Gestaltung des Regulierungsrahmens für den Bereich elektronischer Kommunikation aufgezeigt, die dem Phänomen der Konvergenz vor allem durch die Schaffung einer einheitlichen Regulierungsbehörde OFCOM Rechnung tragen soll. Der Beitrag stellt die wichtigsten Grundaussagen des Whitepaper unter Einbeziehung der Diskussionen in Deutschland, in anderen europäischen Ländern sowie auf der Ebene der EU vor.“

Publizistik - Jg 46 (2001) Nr 2

Winkel, Olaf: Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien: Positionen und Perspektiven. – S. 140-161

„Mit dem Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft eröffnen sich in fast allen Bereichen neue Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten, die überkommene Verfahren zur Disposition stellen. Auch die Frage nach den Perspektiven der Massendemokratie, deren wissenschaftliche Behandlung schwerpunktmäßig an der Schnittstelle von Politik- und Kommunikationswissenschaft angesiedelt ist, gewinnt vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung und neue Facetten. In der vorliegenden Arbeit wird die Kontroverse, die seit Anfang der Neunzigerjahre um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien geführt wird, in ihren wesentlichen Argumentationslinien nachgezeichnet und einer kritischen Würdigung unterzogen. Dabei geht es dem Autor auch darum, auf Anhaltspunkte für eine Annäherung der widerstreitenden Lager aufmerksam zu machen, die weniger auf der theoretischen als auf der pragmatischen Ebene liegen, und darum, auf eine Erweiterung der Forschungsperspektive hinzuwirken.“

5.2 Buchveröffentlichungen

Büllingen, Franz; Stamm, Peter: Mobiles Internet - Konvergenz von Mobilfunk und Multimedia. - Bad Honnef: WIK, 2001. - 66 S. (Diskussionsbeiträge; 222)

Bullinger, Martin: Deregulierung des Rundfunks als Folge technischer Konvergenz?: die rechtswissenschaftliche Sicht. - Köln: IRÖ, 2001. - 15 S. (Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln; 151)

Heidenreich, Susanne; Trautmann, Ralf: Vernetzte Medien: Analyse und Deskription des pädagogischen und öffentlichen Diskurses im Kontext neuer Anforderungen an den Nutzer. - Chemnitz: Rabenstück Verl., 2001. - 166 S.

Hoff, Dieter: Technische Konvergenz - Fakten und Perspektiven. - Köln: IRÖ, 2001. - 11 S. (Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln; 147)

Jahresbericht der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK): Berichtszeitraum 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2001. - Potsdam: KEK, 2001. - getr. S.

Kleinsteuber, Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA: Journalismus, politische Kommunikation und Medien im Zeitalter der Digitalisierung. - Wiesbaden: Westdeutscher, 2001. - 328 S.

Lauff, Werner: Neue Inhalte und Nutzungsformen als Folgen technischer Konvergenz. - Köln: IRÖ, 2001. - 10 S. (Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln; 149)

Schorb, Bernd: Jugendmedienschutz - Praxis und Akzeptanz: eine Untersuchung von Bevölkerung und Abonnenten des digitalen Fernsehens zum

Jugendmedienschutz, zur Fernseherziehung und zum Jugendschutzinstrument Vorsperre. - Berlin: Vistas, 2001. - 197 S. (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten; 20, vgl. auch DW 3/01, 4.3)

Spallek, Cornelia: Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Informationsgesellschaft: eine Analyse ausgewählter Strategiepapiere. - Köln: IRÖ, 2001. - 118 S. (Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln; 142)

Zum DocuWatch

Um die Entwicklung digitalen Fernsehens begleiten zu können, benötigen Entscheidungsträger bei den Regulierungsinstanzen ebenso wie alle anderen Beobachter kontinuierlich Informationen. Das Hans-Bredow-Institut sichtet im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) Dokumente aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie von Regulierungsinstanzen, in- und ausländischen sowie supranationalen Organisationen und Verbänden und erstellt Zusammenfassungen, die auf die für die Arbeit der Landesmedienanstalten relevanten Fragen fokussiert sind. Im Mittelpunkt stehen dabei neben inländischen Institutionen solche aus den USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich. Daneben wird die am Institut gesammelte wissenschaftliche Literatur ausgewertet.

Arbeitsgruppe digitales Fernsehen am Hans-Bredow-Institut

Hardy Dreier, Uwe Hasebrink, Uwe Jürgens, Friedrich Krotz, Doris Kühlers, Hermann-Dieter Schröder
Koordination: Wolfgang Schulz sowie Fernando Reimann
Redaktionsschluss: 30. September 2001